

Julia Jirrmann

Blackbox Steuerpolitik

Wie unser Steuersystem
Ungleichheit fördert

Ein Reformvorschlag

Biographische Angaben zur Autorin finden sich auf S. 172.

Die Originalausgabe des Buches ist in der Reihe „Standpunkte“ erschienen.

Ein Wort zum Gendern:

Ich unterstütze das Anliegen einer gendergerechten Sprache, die nach Möglichkeit alle einbezieht, anstatt auszuschließen. Mangels einer einheitlichen Form und im Interesse der Lesbarkeit verzichte ich größtenteils auf Sonderzeichen oder Doppelnennung und verwende stattdessen nach Möglichkeit neutrale Personenbezeichnungen.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende sowie ggf. kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2026

Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung

Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, info@bpb.de

© Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 3. überarb. und ergänzte Auflage 2026

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagmotiv: © Getty Images / Richard Drury

Reihengestaltung: Petra Bähler, Köln

Satz: Rohtext, Bonn

Druck und Verarbeitung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-7425-1357-1

www.bpb.de

Inhalt

Steuermythen	6
Vorwort	8
1 Etwas läuft schief	11
2 Steuern – Hat der Staat genug? Gar zu viel?	18
3 Die Besteuerung von Einkommen: Tragen »starke Schultern« mehr?	33
4 Vermögen und Erbschaften – Wem gehört Deutschland?	61
5 Niedrige Steuern für Großkonzerne	112
6 Steuerprivilegien auf dem Immobilienmarkt	132
7 Sind Steuern geschlechtergerecht?	142
8 Was ist zu tun?	156
Anmerkungen	161
Danksagung	171
Über die Autorin	172

Vorwort

Beim Thema Steuern denken die meisten Menschen an ihren Lohnzettel oder die persönliche Steuererklärung. Für viele ist es ein Ärgernis, nach der Gehaltserhöhung zu sehen, dass ein beträchtlicher Teil davon gar nicht auf dem eigenen Konto ankommt, sondern an den Staat fließt.

Dabei dürfte jedem klar sein: Ohne die Differenz zwischen Brutto und Netto gäbe es keine Straßen, Schienen, Schulen, Universitäten, Polizei und auch keine Krankenhäuser. Steuern sind unerlässlich für einen funktionierenden Staat und somit auch für die Wirtschaft.

Wachstum, Wohlstand und Demokratie hängen maßgeblich von der Finanzierung öffentlicher Güter und Leistungen ab, die der Markt nicht ausreichend zur Verfügung stellt.

Die Steuereinnahmen des Staates sind letztlich die Gemeinschaftskasse der Gesellschaft, mit der das alles finanziert wird. Daneben haben Steuern noch eine ganze Reihe ebenso wichtiger Funktionen: Sie sollen Ungleichheiten angemessen ausgleichen, können Anreize für Investitionen setzen und gesellschaftliche Entwicklung lenken.

Trotz dieser essenziellen Rolle stoßen Steuern oft auf Unmut: Zahle ich nicht mehr als genug Steuern? Und werden nicht ständig Steuergelder verschwendet? Müssten nicht nur die Prioritäten richtig gesetzt werden, und dann müssten alle weniger zahlen?

Nur wenige Themen in unserem Alltag sind zudem so präsent und gleichzeitig so von Halbwissen geprägt und von

Mythen durchdrungen wie Steuern. Die aktuelle Forschung attestiert einen weitverbreiteten Steueranalphabetismus. Dieser reiche demnach bis hinein in die Medienlandschaft und die Parlamente.

Das ist ein fruchtbarer Boden für die Lobbyarbeit von Großkonzernen und Vermögenden, die versuchen, ihre Interessen auch gegen die der Allgemeinheit durchzusetzen.

In den letzten 30 Jahren wurde Wirtschafts- und Steuerpolitik von oben gedacht: Hohe Gewinne für Vermögende durch niedrige Steuern und lockere Geldpolitik finden ihren Weg in die Mitte der Bevölkerung bis nach unten, so das Versprechen. Globalisierungsprozesse und zahlreiche Reformen haben in der Folge dazu geführt, dass Superreiche heute teilweise niedrigere Steuer- und Abgabensätze haben als Durchschnittsverdienende.

Das Versprechen aber hat sich nicht eingelöst – ganz im Gegenteil: Trotz wirtschaftlicher Prosperität der vergangenen Jahrzehnte blieb die ärmere Hälfte der Bevölkerung nahezu vermögenslos. Die Gewinne landeten vor allem bei den reichsten Haushalten. Die Kluft zwischen dem vermögenden Teil der Bevölkerung und den ärmeren Bevölkerungsschichten ist gewachsen, und die Mittelschicht ist kleiner geworden. Wichtige Zukunftsinvestitionen bleiben gleichzeitig an allen Ecken und Enden aus.

Viele Menschen in Deutschland nehmen die Gesellschaft zwar als ungerecht wahr und wünschen sich weniger Ungleichheit. Allerdings fällt es ihnen oft schwer, diese in konkrete Reformwünsche zu übersetzen. Steuererhöhungen für große Erbschaften lehnen sie etwa häufig ab, weil sie fürchten, selbst betroffen zu sein. Gleichzeitig wünscht sich die absolute Mehrheit in Deutschland eine Vermögensteuer,

lässt sich jedoch schnell von Drohungen über Arbeitsplatzverluste und Kapitalflucht einschüchtern und trägt ihren Wunsch nach einer höheren Besteuerung von Vermögen letztlich nicht an die Wahlurne.

Steuersystem und Staatshaushalt als zentrale Instrumente des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs sind für viele eine Blackbox. Das war der Ansporn, dieses Buch zu schreiben. Es braucht einen informierten öffentlichen Diskurs über das Steuersystem und die Bedeutung und Wirkung von Steuern.

Unser Steuersystem ist in die Jahre gekommen und es sind große Gerechtigkeitslücken entstanden. Das Buch soll nicht nur die Schwachstellen beleuchten, sondern auch aufzeigen, was jetzt konkret getan werden kann. Das Steuersystem benötigt dringend ein Update: Eine gerechtere Verteilung der Steuerbeiträge, um die Konzentration von Vermögen zu begrenzen und um Veränderungsprozesse, wie zum Beispiel die ökologische Transformation, zu finanzieren und zu steuern.

1

Etwas läuft schief

Wohlstandsversprechen in der Krise

Die Mehrheit der Deutschen glaubt, dass es in unserem Land keine gerechte Verteilung von Wohlstand gibt. Zwei Drittel der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Gewinne ungerecht verteilt werden. Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung sowie Männer empfinden die Gesellschaft als gerechter als diejenigen mit geringerem Einkommen und Bildungsstand sowie Frauen.¹

Das gibt Anlass zur Sorge: Denn Menschen, die mehr Ungerechtigkeit empfinden, vertrauen der Politik und den öffentlichen Institutionen weniger und sind außerdem seltener bereit, Veränderungen mitzutragen. Das gilt umso mehr in einer Demokratie, die auf dem Prinzip der politischen Teilhabe aller Menschen und deren Gleichberechtigung beruht.²

Aber nicht nur allgemeine Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit prägt die Stimmung, sondern auch individuelle Sorgen, den eigenen Lebensstandard nicht halten zu können. Status- und Abstiegsängste reichen mittlerweile tief in die Mitte der Gesellschaft. Die Bedrohung der Demokratie zeigt sich besonders an den Wahlurnen: Die breite politische Mitte, die als Garant für eine stabile Demokratie gilt, verliert

zunehmend das Vertrauen in demokratische Institutionen und wendet sich verstärkt populistischen Parteien zu.³

Ob sich die Demokratie in einer Krise befindet und wie tief diese Krise reicht, wird seit Längerem intensiv debattiert. Weitgehend unstrittig ist, dass sich in den vergangenen Jahren Entwicklungen beobachten lassen, die ihre Stabilität auf lange Sicht gefährden können. Welche Rolle die Verteilung von Vermögen und Einkommen dabei spielt, wird teils emotional und kontrovers diskutiert.

Kaum jemand dürfte jedoch bestreiten, dass das Wohlstandsversprechen in der Vergangenheit ein zentraler Faktor für die politische Stabilität in Deutschland war. Demnach sollte jede und jeder, unabhängig von Herkunft oder sozialem Status, durch eigene Leistung ökonomischen Aufstieg erreichen können. In einer wohlhabenden Gesellschaft sollte ein gutes und abgesichertes Leben für alle erreichbar sein – ohne existenzielle Not, aber auch ohne dauerhafte Abstiegsangst. Kurzum: Alle sollten ein Stück vom Kuchen abbekommen.

Auf das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Menschen wirkt sich auch bereits eine nur empfundene Ungerechtigkeit negativ aus und auch die Angst vor Statusverlust ist erstmal lediglich ein Gefühl. Aber sind die Sorgen berechtigt? Wie werden Chancen und Wohlstand in Deutschland heute tatsächlich verteilt?

Für eine lange Zeit nach der Gründung der Bundesrepublik erfüllte sich das Versprechen auf Wohlstand für einen Großteil der Deutschen: Breite Bevölkerungsschichten profitierten vom Wirtschaftswachstum und erlebten einen sozialen Aufstieg. Egal ob Arbeiter oder Akademikerinnen, die Löhne stiegen, die Konsummöglichkeiten erweiterten sich,

und der Zugang zu Bildung verbesserte sich. Auch wenn der Kuchen nie gleich verteilt war, wurden die Stücke jedoch stetig größer. Das Wirtschaftssystem funktionierte also zum Wohle der breiten Mitte und arbeitenden Bevölkerung.

Mitte der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre bekam das Wirtschaftswachstum infolge der Ölpreiskrise erste Risse. Die Arbeitslosigkeit stieg stark an, und die Einkommens- und Vermögensungleichheit nahm in den folgenden Jahren zu.

Zu dieser Zeit drang auch eine neue Vorstellung davon, wie Wirtschaft funktioniert, in den politischen Mainstream vor: Die Idee des sogenannten Trickle-Down-Effekts (»nach unten rieseln«) bestimmte in den westlichen Demokratien ab den 1980er-Jahren zunehmend politische Entscheidungen. Diese Theorie besagt, dass der Wohlstand der Reichen allmählich auch den Rest der Gesellschaft erreichen wird. Wenn man also Unternehmen und ihren Eigentümern mehr Ressourcen zur Verfügung stellt, investieren sie mehr, werden innovativer und schaffen gute Arbeitsplätze – letztlich würden vom Wirtschaftswachstum alle profitieren. Diese Zeit war geprägt vom Glauben an die positiven Effekte des Marktes und von einer Abkehr von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft.

In diesem Geiste begaben sich zahlreiche Länder weltweit in einen Wettbewerb um niedrigere Steuern – insbesondere auf Unternehmensgewinne, Kapitalerträge und hohe Einkommen. In den 1990er-Jahren und vor allem zur Jahrtausendwende, als die Arbeitslosigkeit Rekordwerte erreichte und die Kosten der deutschen Einheit weitgehend überwunden schienen, wurden auch in Deutschland weit-

reichende Steuersenkungen für wohlhabende Teile der Bevölkerung vorgenommen.

In den folgenden Jahrzehnten stiegen die Vermögens- und Unternehmenseinkommen in vielen westlichen Ländern weiter an; auch Deutschland wurde insgesamt reicher. Auf den ersten Blick mag das nach einer Erfolgsgeschichte klingen. Doch das Problem war: Zwar wurde das Land als Ganzes reicher, aber große Teile der Bevölkerung profitierten davon kaum.

Das Wirtschaftswachstum beziehungsweise die Unternehmensgewinne und Vermögenszuwächse kamen vor allem wohlhabenderen Schichten zugute. Während dieser Teil der Gesellschaft durch hohe Vermögensrenditen und sinkende Steuern reicher wurde, erfüllte sich das Versprechen von steigendem Wohlstand für die ärmere Hälfte der Bevölkerung nicht. Trotz des starken Wirtschaftswachstums und der niedrigen Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren ist ein großer Teil der Menschen in Deutschland bis heute vermögenslos. Das Versprechen, dass diejenigen, die sich genug anstrengen, zu mehr Wohlstand gelangen, gilt für viele mittlerweile nicht mehr.

Wo sind die Vermögenszuwächse und Unternehmensgewinne gelandet?

Die Gewinne sind also nicht nach unten – in die Breite der Gesellschaft – »durchgerieselt«. Während die Vermögen der 100 reichsten deutschen Familien seit Anfang der 2000er-Jahre um über 500 Milliarden Euro wuchsen, blieben gesellschaftlich notwendige Investitionen zurück: in Straßen und Schienen, Schulen und Universitäten, bezahlbaren